

FREIBERUFLER-TICKER vom 16. Dezember 2022

1. Energy for Ukraine. Now!

Die ukrainische Bevölkerung stellt sich auf einen Winter mit massiven Einschränkungen in der Strom- und Wärmeversorgung ein. 40 Prozent der Hochspannungsnetzanlagen sind unterschiedlich stark zerstört und ein Großteil der Wärme- und Wasserkraftwerke ist beschädigt. Krankenhäuser, Waisenhäuser und Flüchtlingszentren sind auf Spenden und Hilfe angewiesen. Da auf dem europäischen Markt kaum noch Angebote für Generatoren vorhanden sind, hat die gemeinnützige Organisation „[Be an Angel](#)“ direkt bei Herstellern mehrere Hundert Generatoren bestellt. „Be an Angel“ bietet nun die Möglichkeit, zu spenden oder sich am Kauf von Generatoren zu beteiligen. Um Zahlungsanweisungen und weitere Einzelheiten zu erhalten, senden Sie bitte Ihre Fragen an HelpUkraine@be-an-angel.de. Spenderinnen und Spender erhalten unverzüglich eine Benachrichtigung, sobald die Generatoren in das Lager in Lviv geliefert werden.

2. Freie Berufe im Aktionsplan zum Dialog- und Arbeitsprozess „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“

Der Aktionsplan zum in diesem Jahr gestarteten [Dialog- und Arbeitsprozess „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“](#), den Michael Kellner MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, am 15. Dezember 2022 [vorstellte](#), adressiert die Freien Berufe als Teil des Mittelstands deutlich als Treiber und Gestalter für die sozial-ökonomische Transformation, die zugleich Arbeitsplätze der Zukunft gestalten und sichern können. An der Erarbeitung des Plans, der einen Zwischenstand der Aufgaben des Transformationsprozesses hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz darstellt, war der BFB in mehreren Sitzungen eingebunden. Die deutliche und zahlreiche Herausstellung der Beiträge unserer Berufsgruppen, über die der BFB mit E-Mail vom 15. Dezember 2022 ausführlich informierte, verstehen wir als positives (Zwischen-)Ergebnis der BFB-Mitwirkung in den vom Ministerium gestarteten Dialogprozess und dessen Einbindung in verschiedene BFB-Formate zum Thema Nachhaltigkeit, beispielsweise die Podiumsdiskussion zur Schlüsselfunktion und den Potenzialen der Freien Berufe im energiepolitischen Transformationsprozess im Juli 2022. Der Dialog- und Arbeitsprozess soll auch im nächsten Jahr fortgeführt werden; die Umsetzung des Aktionsplans werden wir weiter eng begleiten und die BFB-Mitgliedsorganisationen einbinden.

3. Europäischer Sozialfonds Plus für Deutschland

Die Förderrichtlinie „KOMPASS – Kompakte Hilfe für Soloselbstständige“, in deren Entstehung der BFB neben Handwerk und Industrie seit Ende 2020 eingebunden war und die im Oktober 2022 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde, ist auf der [ESF-Website](#) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zur ESF-Plus-Förderperiode 2021 bis 2027 abrufbar. Nach Festlegung der inhaltlichen Eckpfeiler hat das BMAS ein möglichst niedrigschwelliges Verfahren entwickelt, um den Zugang zum Programm für die Solo-Selbstständigen so weit wie möglich zu vereinfachen. Das Interessenbekundungsverfahren für die Anlaufstellen läuft seit 31. Oktober 2022, der Start des Programms für die Solo-Selbstständigen ist für Mai 2023 vorgesehen. Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist zentraler Bestandteil des europäischen Motors für ein soziales Europa. Mit der neuen Förderperiode wird er als Europäischer Sozialfonds Plus (ESF Plus) die Europäische Säule sozialer Rechte in die konkrete Praxis umsetzen. Anlässlich der am 12. Januar 2023 von 10:00 bis 14:00 Uhr stattfindenden Auftaktveranstaltung, für deren Teilnahme wir in Ihren Berufsgruppen werben möchten, werden sich Hubertus Heil MdB (SPD), Bundesminister

für Arbeit und Soziales, und Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, über den ESF (Plus) aus europäischer und nationaler Sicht austauschen und auf aktuelle sozial- und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen eingehen. Im Anschluss diskutieren Expertinnen und Experten aus der Praxis Erkenntnisse und Beispiele der ESF-Förderperiode 2014 bis 2020 und ihre Nutzbarmachung für die Umsetzung des aktuellen ESF Plus, unter anderem mit den Fragestellungen: Wie kann eine wirksame Integration in Arbeit und Gesellschaft für die unterschiedlichen Zielgruppen des ESF aussehen? Wie werden Unternehmen und Gründerinnen sowie Gründer durch den ESF (Plus) unterstützt und welchen Beitrag leistet dieser zu innovativer (Aus-)Bildung und Weiterbildung? Wir freuen uns über Ihre Teilnahme und Anmeldung unter <http://www.esf-plus-auftakt.de/anmeldung>. Weitere Informationen finden Sie auf www.esf-plus-auftakt.de.

4. BESSER gründen mit Behinderung – Mentoring-Programm gestartet

Das Mentoringprogramm **BESSER** „Barrierefrei Existenzgründen. Selbständig und erfolgreich im Erwerbsleben mit Behinderung“ unterstützt Menschen mit Behinderung bei der Gründung einer tragfähigen Selbstständigkeit. Der BFB wirkt im Beirat mit, einer der Verbunds-Partner ist das Institut für Freie Berufe an der Universität Erlangen-Nürnberg. Ziel des Mentoring-Programms ist es, die Erwerbschancen von insbesondere Frauen mit Behinderung überregional durch eine bedarfsgerechte Beratung, Betreuung und Unterstützung in Fragen der Gründung und Erwerbsselbstständigkeit zu verbessern. Für Menschen mit Behinderung sind die Hürden sehr groß, an einem Arbeitsalltag teilzunehmen, ebenso aber auch die Vorurteile, mit denen sie konfrontiert werden, wenn sie freiberuflich oder selbstständig arbeiten möchten. Gerade als eigene Chefin, eigener Chef können sich jedoch viele ihren individuell angepassten Arbeitsplatz schaffen und ihre Potenziale ausnutzen. Für die Dauer eines Jahres arbeiten Mentee und Mentorin oder Mentor in einem Tandem zusammen. Die berufserfahrene Fachkraft berät, vermittelt Erfahrung, eröffnet Netzwerke, teilt Wissen und bietet Lernen vom Vorbild an. Bis zum 15. März 2023 sind [Bewerbungen](#) für die zweite Mentoring-Gruppe möglich. Gesucht werden Mentorinnen und Mentoren sowie Mentees.

5. Gestiegene Energiepreise und Selbstständige

Die Energiepreisinflation belastet Selbstständige sowohl kostenseitig als auch nachfrageseitig, wie eine am 15. Dezember 2022 [veröffentlichte](#) Befragung von KfW Research unter den Nutzerinnen und Nutzern der Gründerplattform www.gruenderplattform.de zeigt. Bei zwei Dritteln erhöhten sich die monatlichen Energiekosten ihrer selbstständigen Tätigkeit im Laufe dieses Jahres. Knapp 40 Prozent berichten von einer gesunkenen Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen. Wenn Energiekosten dauerhaft auf dem aktuell hohen Niveau bleiben, sehen sich 30 Prozent der befragten Selbstständigen finanziell überfordert. Ein Fünftel (21 Prozent) geht davon aus, aufgrund der Energiekrise die Geschäftstätigkeit wahrscheinlich aufgeben zu müssen. Von den Selbstständigen, die durch gestiegene Energiepreise betroffen sind, gibt rund die Hälfte (45 Prozent) die Kostensteigerungen zumindest teilweise an ihre Kundinnen und Kunden weiter, wobei es zwölf Prozent bereits getan haben und weitere 33 Prozent es noch planen. Für ähnlich viele ist es unmöglich, die gestiegenen Energiekosten weiterzugeben (40 Prozent), weil sie Preiserhöhungen nicht durchsetzen können. Die meisten Selbstständigen reagieren mit eigenen Maßnahmen. 86 Prozent realisieren bereits eigene Energieeinsparungen oder planen konkret. Darüber hinaus hat ein Drittel (35 Prozent) Energieeffizienzinvestitionen in seinem Maßnahmenpaket und 29 Prozent zielen auf langfristige Energielieferverträge ab. Es gibt aber auch einschneidendere Reaktionen. So haben 22 Prozent Einschränkungen ihrer unternehmerischen Tätigkeit realisiert oder geplant und bei ebenfalls 22 Prozent ist sogar eine Abwanderung ins Ausland Thema. Diese Reaktionen sind bei jenen häufiger, bei denen die Energiekostenentwicklung oder der Energiekostenanteil besonders hoch

ist. Insgesamt beträgt der Energiekostenanteil bei vier von zehn Selbstständigen mehr als zehn Prozent.

6. Umfassende Reform der regionalen Wirtschaftsförderung verabschiedet

Die Wirtschaftsministerinnen und -minister des Bundes und der Länder sowie der Bundesminister der Finanzen beschlossen am 13. Dezember 2022 die Neuausrichtung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Das [teilte](#) das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mit. Mit der Anpassung des Förderprogramms reagieren Bund und Länder laut Mitteilung auf die geänderten Rahmenbedingungen regionalwirtschaftlicher Entwicklung, insbesondere die Transformation hin zu Klimaneutralität bis 2045 sowie die demografische Alterung. Künftig gibt es drei Hauptziele: (1) Standortnachteile ausgleichen, (2) Beschäftigung schaffen und sichern, Wachstum und Wohlstand erhöhen und (3) Transformationsprozesse zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft beschleunigen. Die bisher geltende Voraussetzung, dass nur Betriebe gefördert werden, die ihre Produkte beziehungsweise Dienstleistungen überregional in einem Umkreis von mindestens 50 Kilometern absetzen, entfällt. Künftig stellt die GRW auch auf regionale Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufe ab. Zudem gibt es erleichterte Fördervoraussetzungen für klimafreundliche Investitionen sowie für forschungsintensive Unternehmen. Erstmals werden Aspekte „Guter Arbeit“ verankert, indem für bestimmte Vorhaben erwartet wird, dass die Betriebe einer Tarifbindung unterliegen oder im Zuge der Förderung ein bestimmtes Lohnwachstum realisieren. Überdies wird ein neuer Fördertatbestand eingeführt für Maßnahmen der regionalen Daseinsvorsorge, soweit diese engen Wirtschaftsbezug aufweisen und maßgeblich zur Attraktivität regionaler Wirtschaftsstandorte beitragen. Das neue GRW-Regelwerk tritt am 1. Januar 2023 in Kraft. Anschließend haben die Länder für eine Übergangszeit von einem Jahr ein Wahlrecht zwischen neuen und alten Regelungen.

7. BIBB veröffentlicht Zahlen zum Ausbildungsmarkt 2022

Am 14. Dezember 2022 [veröffentlichte](#) das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Bilanz zum Ausbildungsmarkt mit Stichtag 30. September 2022. Demnach stieg das Gesamtplatzangebot an Ausbildungsplätzen um 1,4 Prozent auf 544.000 leicht an, dennoch bleibt das Niveau der neuen Ausbildungsabschlüsse deutlich unter dem Niveau vor der Coronapandemie. Gleichzeitig ging auch die Zahl der Ausbildungsinteressierten um ein Prozent auf 535.000 zurück. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stieg um 0,4 Prozent auf 475.100. Bei den Freien Berufen ging im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 0,6 Prozent zurück, ihre Zahl lag bei 46.890. Diese Zahlen bilden den Stand zum 9. Dezember 2022 ab und weichen aufgrund regulärer Bereinigungseffekte leicht von den Zahlen des BFB ab. Im Handwerk ging die Anzahl der neu abgeschlossenen Verträge um 2,2 Prozent zurück, im Bereich Industrie und Handel wurde hingegen ein Plus von 2,7 Prozent verzeichnet.

8. Fachkräftebedarf – Nach welchen Qualifikationen halten Betriebe Ausschau?

Am 12. Dezember 2022 veröffentlichte das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Ergebnisse einer [Betriebsbefragung](#). Der Fachkräftemangel ist bereits heute Realität, viele Betriebe suchen händeringend nach Nachwuchsfachkräften. Nach welchen Qualifikationen sie dabei Ausschau halten, wurde anhand der Anfang 2022 mit dem Referenz-Betriebs-System des BIBB durchgeführten Betriebsbefragung untersucht. Im Ergebnis zeigt sich, dass Fachkräfte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung nach BBiG/HwO bei den befragten Betrieben besonders im Fokus stehen. Aber auch Fachkräfte mit anderen beruflichen Aus- und

Fortbildungsabschlüssen sind begehrte Zielgruppen – und für viele der befragten Betriebe oft wichtiger für die Fachkräftesicherung als Fachkräfte mit Hochschulabschluss.

9. Fachkräftemangel – Nur wenige Unternehmen werben im Ausland an

Aus einer [Pressemitteilung](#) der Bertelsmann Stiftung vom Ende letzter Woche geht hervor, dass viele deutsche Unternehmen trotz des drastischen Fachkräftemangels nicht im Ausland neue Fachkräfte werben. Nicht einmal jedes fünfte Unternehmen in Deutschland (17 Prozent) setzt auf ausländische Potenziale. Stattdessen setzen sie zurzeit in erster Linie auf Aus- und Weiterbildung im eigenen Betrieb sowie auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um mehr Fachkräfte zu gewinnen. Dabei geht zugleich nur weniger als ein Fünftel der befragten Entscheiderinnen und Entscheider davon aus, dass in Deutschland ausreichend Personal zur Verfügung steht. Offenbar sind die Hindernisse für die Rekrutierung von Fachkräften im Ausland nach wie vor zu hoch. Noch mehr Unternehmen als in den Vorjahren nennen Sprachbarrieren, rechtliche und bürokratische Hürden sowie die schwierige Einschätzung ausländischer Qualifikationen als Hauptprobleme. Der Personalmangel tritt mittlerweile in fast allen Berufen, Branchen und Regionen auf. Die deutsche Wirtschaft verliere dadurch zunehmend an Dynamik, so die Autorinnen und Autoren.

10. Arbeitskosten in der EU

2020 betragen die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in der Europäischen Union (EU) 28,90 Euro. Die höchsten Arbeitskosten pro Stunde entfielen auf Luxemburg mit 47,70 Euro, Dänemark mit 45,70 Euro und Belgien mit 40,50 Euro, die niedrigsten auf Bulgarien mit 6,60 Euro, Rumänien mit 8,20 Euro und Ungarn mit 9,80 Euro. Der Wert für Deutschland beträgt 38 Euro. Das [teilte](#) das Statistische Amt der EU Ende vergangener Woche mit.

11. Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission zu basalen Kompetenzen veröffentlicht

Ende vergangener Woche [stellte](#) die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz ihr Gutachten „Basale Kompetenzen vermitteln – Bildungschancen sichern. Perspektiven für die Grundschule“ vor. Im Kern empfiehlt die SWK eine Verbesserung der Unterrichtsqualität. Die Erhöhung der Unterrichtsqualität setzt ausreichende Lernzeit voraus: Für das Fach Deutsch sollten 24, für das Fach Mathematik 20 Wochenstunden in den ersten vier Grundschuljahren zur Verfügung stehen. Zum anderen empfiehlt die SWK, den Lernstand der Kinder kontinuierlich zu prüfen, mit mehreren Diagnosezeitpunkten pro Schuljahr. Des Weiteren empfiehlt die SWK die Professionalisierung von Lehrkräften in Studium, Referendariat und Beruf, um die Unterrichtsqualität zu verbessern. Insbesondere hinsichtlich des Personals in den Schulen sieht die SWK einen erhöhten Investitionsbedarf. Schulleitungen benötigen ausreichend Zeit für Leitungsaufgaben, wohingegen Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte über Kooperationszeit verfügen sollten. Auch soll es aus Sicht der SWK eine datenbasierte Unterrichts- und Schulentwicklung geben. Für die Koordination dieser Aufgaben sind in größeren Grundschulen Funktionsstellen, in kleineren Schulen Entlastungsstunden erforderlich.

12. Vierter Bericht zur Anhebung der Regelaltersgrenze

Ein längeres Erwerbsleben ist für Beschäftigte keine Bedrohung, sondern eine Chance auf mehr Wohlstand und Teilhabe, konstatiert die Bundesregierung in ihrem Vierten Bericht zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre, der als Unterrichtung ([20/4830](#)) vorliegt. Angesichts zunehmender Fachkräftengpässe würden die Fähigkeiten und Potenziale älterer

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr denn je gebraucht. Die Arbeitswelt habe die Herausforderungen des demografischen Wandels erkannt. Angesichts der Verknappung des Fachkräfteangebots liege es auch im Eigeninteresse der Betriebe, die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sichern. Entsprechende Anpassungen in den Bereichen Arbeitsorganisation, Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung seien dabei zentral. Besondere Bedeutung habe die Einbeziehung der Älteren in regelmäßige Weiterbildung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstütze die Anstrengungen der Sozialpartner im Rahmen der Initiative Neue Qualität der Arbeit, um besonders für kleine und mittlere Unternehmen Lösungen zu finden, heißt es in dem Bericht weiter.

13. Öffentliche Bildungsausgaben 2021 um 3,3 Prozent gestiegen

Aus einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes vom Ende vergangener Woche geht hervor, dass die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen 2021 auf 169,3 Milliarden Euro gestiegen sind. Das entspricht einer Steigerung von 3,3 Prozent (5,3 Milliarden Euro) gegenüber dem Vorjahr. In die Schulen floss 2021 mit 82,8 Milliarden Euro knapp die Hälfte (48,9 Prozent) der öffentlichen Bildungsausgaben. 39,5 Milliarden Euro entfielen auf die Kindertagesbetreuung (23,3 Prozent) und 33,9 Milliarden Euro auf die Hochschulen (20 Prozent). Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung gaben die öffentlichen Haushalte damit 2021 rund 2.034 Euro je Einwohnerin und Einwohner für Bildung aus. Zu diesen Ergebnissen kommt das Statistische Bundesamt im jährlichen [Bildungsfinanzbericht 2022](#) auf Basis vorläufiger Daten der öffentlichen Haushalte.

14. Jahresbericht des Normenkontrollrates

Der Normenkontrollrat übergab am 13. Dezember 2022 seinen Jahresbericht zum Bürokratieabbau und zur besseren Rechtsetzung sowie zur Digitalisierung der Verwaltung an Dr. Marco Buschmann MdB (FDP), Bundesminister der Justiz. Buschmann kündigt dazu an, im kommenden Jahr ein Bürokratieentlastungsgesetz vorlegen zu wollen. Der aktuelle Jahresbericht des Normenkontrollrates legt einen Schwerpunkt auf Entlastung durch Digitalisierung. Neben dem Online-Zugangsgesetz, dessen Umsetzung kritisch gesehen wird, wird empfohlen, die Registermodernisierung stärker in den Fokus zu nehmen. Aber auch die Fragen des datengetriebenen Regierens und der Datennachnutzung bis hin zur Vollzugsautomatisierung werden angedacht. Deutliche Aussagen werden zur Fristsetzung bei Beteiligungsverfahren gemacht: diese sollten nicht durch zu kurze Fristen zur Makulatur verkommen. Den Bericht des Normenkontrollrates finden Sie [hier](#).

15. Zweite Normungsroadmap KI

Die zweite Ausgabe der Deutschen [Normungsroadmap KI](#) wurde Ende vergangener Woche auf dem Digital-Gipfel an Dr. Robert Habeck MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, übergeben, nachdem seit Januar 2022 mehr als 570 Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft, öffentlicher Hand und Zivilgesellschaft den strategischen Fahrplan für die KI-Normung entwickelt haben. Die Roadmap schreibt die Ergebnisse der ersten Ausgabe fort und liefert eine erweiterte und aktualisierte Analyse des Bestands und des Bedarfs an internationalen Normen und Standards für Künstliche Intelligenz (KI). Dabei setzt die zweite Ausgabe neben den bisherigen Schwerpunktthemen Grundlagen, Sicherheit, Prüfung/Zertifizierung, industrielle Automation, Mobilität sowie Medizin auch auf die neuen Themenbereiche Soziotechnische Systeme, Finanzdienstleistungen und Umwelt/Energie. Im Fokus der Arbeiten stand dabei der im Frühjahr 2021 von der Europäischen Kommission veröffentlichte Entwurf einer Verordnung zur KI-Regulierung ([Artificial Intelligence Act](#)), der

Normen und Standards im Bereich der Hochrisiko-KI-Anwendungen eine zentrale Rolle zuweist. Die Roadmap ist Teil der KI-Strategie der Bundesregierung und gibt konkrete Handlungsempfehlungen für Normung und Standardisierung im Bereich KI.

16. Start der 3. Runde des Ideenwettbewerbs „Gemeinsam wird es KI“

Am 13. Dezember 2022 startete die dritte Runde des Ideenwettbewerbs „Gemeinsam wird es KI“ der Civic Innovation Platform (CIP). Das [teilte](#) das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit. Damit werden im Rahmen der CIP innovative Projektideen ausgezeichnet, die darauf abzielen, dass KI-Technologien für gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt nutzbar gemacht werden. Registrierungen sind unter www.civic-innovation.de möglich. Gemeinschaftlich entwickelte Projektideen für gemeinwohlorientierte KI-Anwendungen können bis zum 26. Januar 2023 direkt über die Website der CIP eingereicht werden.

17. Kulturausgaben 2020 gestiegen

Bund, Länder und Gemeinden gaben im Coronajahr 2020 zusammen 14,5 Milliarden Euro für Kultur aus. Wie das Statistische Bundesamt am 13. Dezember 2022 [mitteilte](#), waren das fast 16 Prozent oder zwei Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Grund für den starken Ausgabenanstieg waren vor allem die Corona-Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern. Mit diesem Sondereffekt waren die Kulturausgaben um 55 Prozent höher als 2010. Je Einwohnerin und Einwohner wendeten Bund, Länder und Gemeinden 2020 damit insgesamt 175 Euro für Kultur auf. Die öffentlichen Kulturausgaben machten einen Anteil von 0,43 Prozent am Bruttoinlandsprodukt aus.



Das BFB-Team wünscht allen Leserinnen und Lesern des BFB-Freiberufler-Tickers schöne Feiertage und meldet sich am 13. Januar 2023 mit der nächsten Ausgabe.